



Fraktion im Kreistag
Darmstadt-Dieburg

Frau Kreistagsvorsitzende
Dagmar Wucherpfennig
im Hause

Jägertorstr. 207
64289 Darmstadt
Tel. 06151-8811376
Fax 06151-8811377
E-mail: fraktion@gruene-dadi.de
www.gruene-dadi.de

Darmstadt, 23.08.2023

Antrag zur Kreistagssitzung am 25.09.2023

Sehr geehrte Frau Wucherpfennig,

die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN bittet Sie, folgenden Antrag auf der Tagesordnung des Kreistags am 25.09.2023 zu berücksichtigen:

Sperrung der Riedbahn: Regional- und Nahverkehr so weit wie möglich sicherstellen

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg möge beschließen:

Der Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt Dieburg wird beauftragt – möglichst gemeinsam mit dem Kreis Offenbach, der Stadt Darmstadt, dem Odenwaldkreis und dem Kreis Bergstraße – mit der Bahn/DB Netz in Verhandlung zu treten und eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen mit dem Ziel, für den Zeitraum der Sperrung der Riedbahn 2024 einen möglichst pünktlichen Regional- und Nahverkehr mit maximalem Platzangebot auf der Main-Neckar-Bahn und ihren Zulaufstrecken sicherzustellen (Dreieichbahn, Main-Rhein-Bahn, Pfungstadtbahn, Odenwaldbahn, Nibelungenbahn, S3 und S4 Rhein-Main und S6 Rhein-Neckar).

Begründung:

Die Riedbahn zwischen Frankfurt und Mannheim wird von der Bahn generalsaniert und dafür vom 15. Juni 2024 an für mindestens fünf Monate voll gesperrt. Eine Umleitungsstrecke für den Personen- und Güterfernverkehr ist die Main-Neckar-Bahn (Frankfurt-Darmstadt-Bensheim-Heidelberg), die bereits heute eine der am stärksten befahrenen Bahnstrecken Deutschlands ist.

Um für den Zeitraum der Sperrung zusätzlichen Fernverkehr auf der Main-Neckar-Bahn zu ermöglichen, ist es erforderlich, dass der Regional- und Nahverkehr Trassen abgibt, d. h. es verkehren weniger Regional- und Nahverkehrszüge auf diesen Trassen.

Für die Fahrgäste des Regional- und Nahverkehrs ist es in dieser Zeit noch wichtiger, dass die verbleibenden Verbindungen auf der Main-Neckar-Bahn und die Züge auf den Zulaufstrecken pünktlich sind, Anschlüsse gewährleistet und möglichst viele Sitz- und Stehplätze bereitgestellt werden. Nur so kann es gelingen, dass die nach der Pandemie wieder zurückgekehrten Fahrgäste die Einschränkungen akzeptieren und nicht der Schiene bzw. dem ÖPNV sowie die damit verbundenen Fahrgeldeinnahmen verlorengehen.

Inhalte einer solchen Vereinbarung könnten sein:

1. eine Zusicherung der DB/Netz, dass pünktliche Regional- und Nahverkehrszüge ihre fahrplanmäßigen Trassen behalten und Vorrang gegenüber verspäteten Fernverkehrszügen haben,
2. eine Zusage, dass die Aufgabenträger für den Nah- und Regionalverkehr (RMV, VRN, DADINA, OREG) zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um die Pünktlichkeit und die Kapazitäten auf den Zulaufstrecken zu erhöhen,
3. eine von der Bahn/DB Netz finanzierte unabhängig besetzte Stelle zur Koordination und Kommunikation der Abläufe zwischen den verschiedenen Aufgaben- und Verkehrsträgern untereinander und mit den Fahrgästen. Eine zentrale Anlaufstelle die einen möglichst „kurzen Draht“ zur Lösung von auftretenden Problemen hat und bereits im Vorfeld umfassend über die Auswirkungen der Sperrung und Alternativen für die Fahrgäste informiert,
4. eine Zusicherung der Aufgabenträger für den Nah- und Regionalverkehr, dass sie die DB im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen, die Kommunikation zu den Fahrgästen zu sichern.

Aus unserer Sicht ist es erforderlich, dass im Interesse der Fahrgäste die betroffenen Kreise sich selbst und direkt um eine solche Vereinbarung bemühen, unter Einbindung der Verkehrsverbände und Nahverkehrsorganisationen.

Mit freundlichen Grüßen



Claudia Schlipf-Traup
Fraktionsvorsitzende



Christian Grunwald
Fraktionsvorsitzender